

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 40/026/2013

Ausschuss für Schule und Kultur am 02.05.2013

**Zu Punkt 11.1: Neuer Gesetzentwurf des Landes NRW zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention
- Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 25.04.2013**

Frau Haase bietet an, die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rahmen der Niederschrift zu beantworten. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung einzelne Fragen in dieser konkreten Form nicht beantworten kann, weil sie sich auf die ministerielle Ebene beziehen.

Herr Gutt erläutert die Anfrage seiner Fraktion. Es sei unverständlich, dass der Ausschuss bislang nicht über die Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung der zunehmend inklusiven Beschulung informiert worden sei. Dies habe man erst durch Presseberichte erfahren müssen.

Frau Haase erläutert, dass die Verwaltung die Umsetzung der inklusiven Beschulung mit Augenmaß gestaltet. Bei auftauchenden Schwierigkeiten sei die Schulverwaltung jederzeit ansprechbar. Im konkreten Beschwerdefall handele es sich allerdings um eine städtische Schule, so dass kein Anlass bestand, dies im hiesigen Ausschuss zu erörtern.

Auf Nachfrage erläutert Herr Freund, dass es regelmäßige Gesprächsrunden der Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung und der Schulaufsicht gebe. Ein Erfahrungsbericht über die Ergebnisse in den Pilotregionen wurde von der Bezirksregierung erstellt. *(Diese wurde den Fraktionssprechern am 21.05.2013 per Mail übersandt.)*

Die Beantwortung der Anfrage ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.